





STUNDENPLAN

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
1	—	—	HÄNDE WASCHEN	—	—
2	KEIN PC	—	—	KEIN PC	—
3	—	KEIN LEHRER	—	—	KEIN INTERNET
4	ZU HAUSE	—	KEIN INTERNET	—	—
5	—	ABSTAND HALTEN	—	KEIN INTERNET	—
6	—	—	KEIN PC	—	ZU HAUSE
					
					

Schule in Corona-Zeiten

Bildungsmonitor. Präsenzunterricht, Fernunterricht, Hygienekonzepte: Das deutsche Schulsystem muss durch die Corona-Pandemie derzeit viele Herausforderungen meistern. Auch der Bildungsmonitor 2020 zeigt zwar altbekannte Probleme, zum Beispiel bei der Integration und der Bildungsarmut, doch die werden durch die Krise verschärft. IW-Bildungsexperte Axel Plünnecke erklärt im iwd-Interview, welche Schwächen des Bildungssystems Corona offenbart und wie die Situation im neuen Schuljahr verbessert werden kann – vor allem in Sachen Digitalisierung.

→ [Seiten 2-9](#)

Bürobeschäftigung

Nicht erst seit Corona arbeiten viele Bürobeschäftigte in Deutschland zumindest ab und zu im Homeoffice. Die regionalen Unterschiede sind allerdings groß.

→ [Seiten 12-13](#)

Sozialpolitik

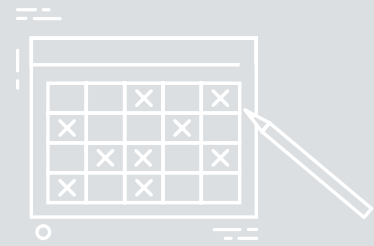
In zahlreichen Ländern Europas befürwortet die Mehrheit der Bürger ein Grundeinkommen. Zuwanderer sollen es aber nur unter bestimmten Bedingungen erhalten.

→ [Seiten 14-15](#)

Weitere Themen +++ Betriebliche Interessenvertretung +++ Top-Liste: Scheidungen in der EU +++

Zahl der Woche: Stromverbrauch +++ Neu auf iwd.de: Britische Industrie

Stillstand im Bildungssystem



Bildungsmonitor. Wie gut die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer aufgestellt sind, untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) seit 17 Jahren. Viele Jahre verbesserten sich die Bedingungen in Kitas, Schulen und Hochschulen, doch nun gibt es im dritten Jahr hintereinander kaum noch Fortschritte. Verschärft wird die Lage zusätzlich durch die Corona-Krise.

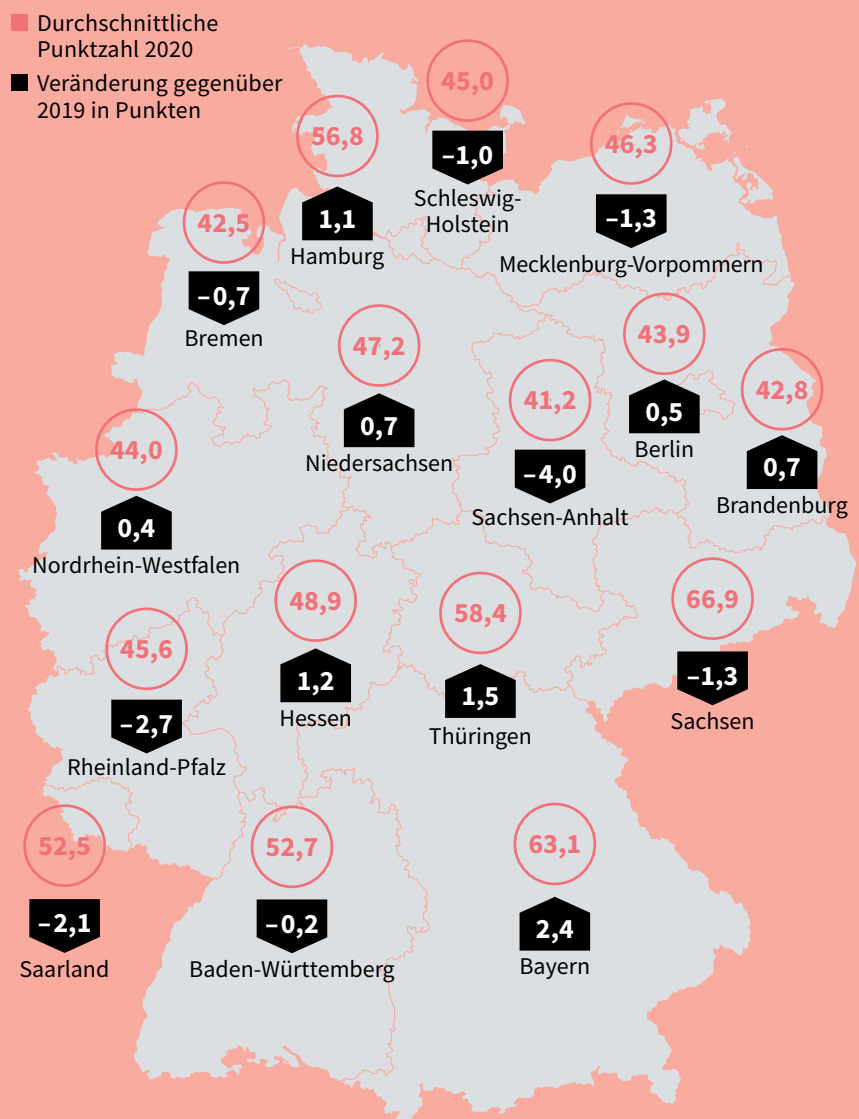
Wie viel Geld gibt ein Bundesland pro Schüler aus, wie groß sind die Klassen und wie viele Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss? Dies und mehr bemisst der Bildungsmonitor, den das IW regelmäßig veröffentlicht. Die Gewinner und Verlierer im Jahr 2020 (Grafik):

Sachsen steht mit 66,9 von 100 Punkten an der Spitze und belegt damit zum 15. Mal Platz eins.

Das zweitplatzierte Bayern hat sich 2020 im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 2,4 Punkten am deutlichsten verbessert. Mit etwas Abstand folgen Thüringen, Hamburg, Baden-Württemberg und das Saarland. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt. Das ostdeutsche Bundesland verschlechtert sich mit einem Minus von 4 Punkten am meisten. Damit sind die Unterschiede in den Bildungssystemen der Bundesländer groß:

Bildungsmonitor: Das Ranking 2020

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielte, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



Zwischen dem Ergebnis von Sachsen und jenem von Sachsen-Anhalt liegt eine Spannweite von fast 26 Punkten.

Unterm Strich stagnieren die Ergebnisse seit einigen Jahren: Von 2014 bis 2020 haben sich die Bundesländer nur um jahresdurchschnittlich 0,1 Punkte verbessert – von 2010 bis 2013 waren es noch 2,6 Punkte.

Diese gegensätzlichen Entwicklungen werden auch deutlich, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Handlungsfelder von 2020 mit denen von 2013 vergleicht – damals wurde erstmals die aktuelle Methodik und Indikatorenauswahl verwendet (Grafik):

Im Handlungsfeld Internationalisierung haben die Bundesländer die größten Fortschritte gemacht, am stärksten verschlechtert haben sie sich dagegen bei der Schulqualität.

Dass sich die Internationalisierung der Schulen mit einem Plus von 18,6 Punkten derart intensiviert hat, liegt an den verbesserten Englischkenntnissen der Schüler und dem gestiegenen Anteil ausländischer Studenten. Auch die Förderinfrastruktur (plus 16,8 Punkte) hat unter anderem durch mehr Ganztagsplätze an Grundschulen stark gewonnen und die Betreuungsbedingungen (plus 13,8 Punkte) sind durch den Ausbau der Betreuungszeiten in frühkindlichen Bildungseinrichtungen im bundesweiten Durchschnitt besser geworden.

Allerdings gibt es auch große Problemfelder im Bildungssystem. Dass die Bundesländer seit 2013 die größten Einbußen (minus 18 Punkte) bei der Schulqualität haben, liegt vor allem an dem schlechten Abschneiden der Schüler in Bildungstests. Auch der Trend in Sachen Integration (minus 15,7 Punkte) und Bildungsarmut (minus 3,9 Punkte) ist unbefriedigend.

Die Corona-Pandemie könnte nun dazu führen, dass sich diese Probleme weiter verschärfen. Denn durch die Schulschließungen bleiben vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien, von Alleinerziehenden oder aus Familien mit Migrationshintergrund auf der Strecke. Ihnen fehlt es zu Hause oft an einem eigenen Computer, ruhigen Arbeitsplätzen und Unterstützung durch die Eltern (siehe Seite 9). Mit einem guten Fernunterricht könnten diese Mängel zwar abgemildert werden. Allerdings

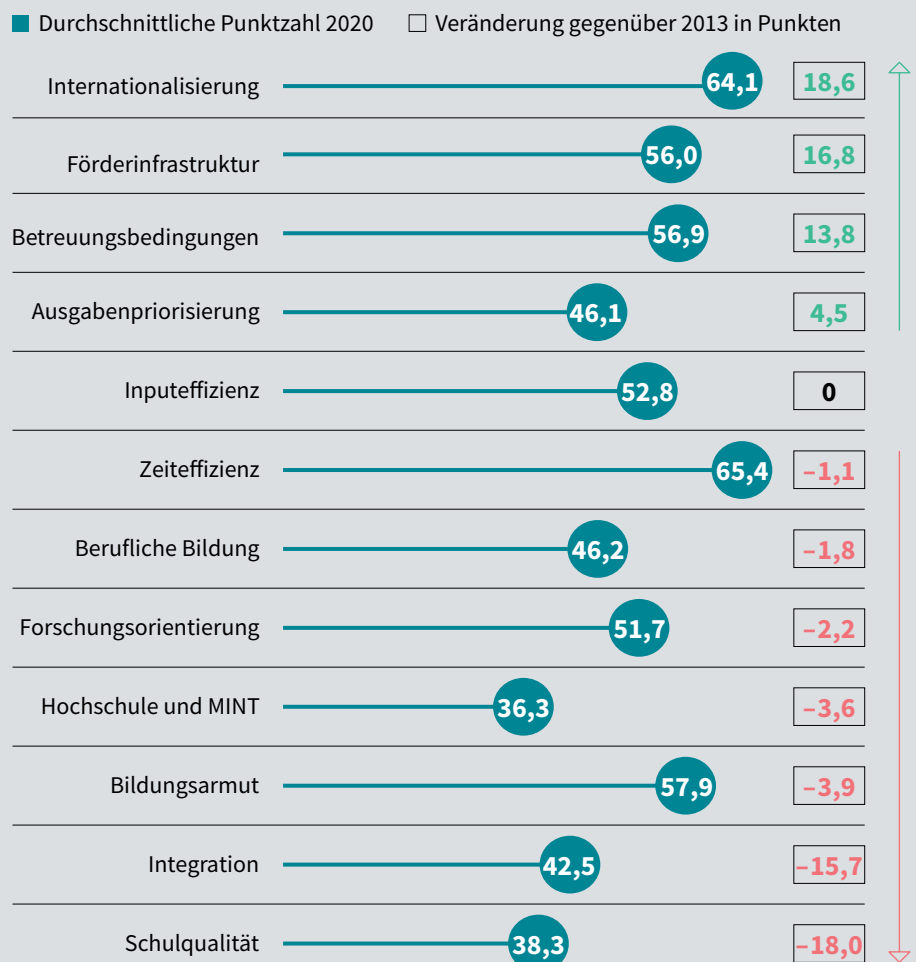
hapert es noch immer an der technischen Ausstattung der Lehrer und Schulen sowie an geeigneten Unterrichtsstrategien, um einen guten digitalen Unterricht zu gestalten (siehe Seite 8).

IW-Gutachten

Christina Anger, Axel Plünnecke:
INSM-Bildungsmonitor 2020 – Schulische Bildung in Zeiten der Corona-Krise
iwkoeln.de/bildungsmonitor2020

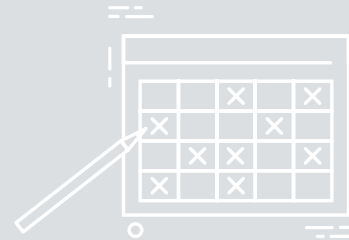
Bildungsmonitor 2020: Tops und Flops

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielte, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

„Schulstart nicht nur auf den Regelbetrieb fokussieren“



Interview. Jedes Jahr bewertet das IW die Bildungssysteme der deutschen Bundesländer für den INSM-Bildungsmonitor. So auch 2020. Doch in diesem Jahr ist alles anders – Corona hat schließlich auch vor den Schulen nicht haltgemacht. Im iwd-Interview erklärt Studienautor **Axel Plünnecke**, welche Schwächen Corona offenbart hat, wie Deutschland Abhilfe schaffen kann und an welchen Stellen er positiv überrascht war.

Foto: IW Medien

Nach den Ergebnissen des Bildungsmonitors ist Sachsen zum 15. Mal Spitzenreiter im Vergleich der Bundesländer. Auch Bayern und Thüringen sind Daueranwärter auf die vorderen Plätze. Was machen diese Bundesländer besser als andere?

Sachsen und Bayern sind in allen bisherigen Kompetenztests sehr gut. Mathe, Naturwissenschaften, Lesen – nur wenige Schüler erreichen in diesen Fächern nicht die Mindeststandards. Bayern ist zudem führend in der beruflichen Bildung. Sie haben dort ein tolles Ausbildungsstellenangebot und nur wenige Jugendliche bleiben unversorgt. In Thüringen dagegen sind zum Beispiel die Betreuungsbedingungen ideal: Auf eine Lehrkraft kommen rechnerisch wenige Schüler und es gibt, wie in Sachsen, viele Ganztagschulen.

Aber auch andere Bundesländer haben dazu gelernt, etwa Hamburg.

Richtig, in der Hansestadt herrschte früher eine große Bildungsarmut, doch Hamburg hat auf Basis der Ergebnisse von Vergleichsarbeiten die Situation gezielt verbessert. Und Berlin wiederum orientiert sich mit einem umfassenden Programm für die Bildung an Hamburg. Trotzdem wird man in Stadtteilen mit großen sozialen Problemen nicht an die Durchschnittsergebnisse von ökonomisch starken Regionen herankommen, denn der Bildungshintergrund der Eltern beeinflusst nach wie vor die Bildungsergebnisse der Kinder.

Wie kann die Chancengleichheit in Deutschland langfristig verbessert werden?

Integration und Bildungsarmut sind nach wie vor die größten Baustellen im Bildungssystem. Es muss mehr investiert werden, zum Beispiel in den Ausbau der Kitas und Ganztagschulen. Wichtig ist dabei die gezielte Förderung dort, wo es nottut. Das Geld muss in die Stadtteile, wo die Elternhäuser eher bildungsfern sind. Mehr Ressourcen für Brennpunktschulen sind ein guter erster Schritt. Generell sollten zusätzliche Ressourcen über einen Sozialindex auf die Schulen verteilt werden.

In der Corona-Krise waren Kinder aus sozialen Brennpunkten oft noch stärker benachteiligt als ohnehin schon. Was kann die Politik tun, um die Situation zu verbessern?

Der Bund hat Mittel für Leihgeräte zur Verfügung gestellt und auch die Kommunen stellen den Schulen nun zunehmend Notebooks oder Tablets bereit, das funktioniert schon weitgehend gut. Wichtig wäre außerdem die Stärkung der Schulen durch professionelle Teams für Gesundheit, Psychologie und Sozialarbeit. Und um die Digitalisierung an den rund 40.000 allgemeinen und beruflichen Schulen richtig voranzubringen, wären 20.000 zusätzliche IT-Fachkräfte nötig.

Im Gespräch mit Eltern hatte man in der Lockdown-Zeit den Eindruck, dass manche Lehrer im Homeschooling alles getan haben, damit die Schüler



den Anschluss nicht verlieren. Andere Pädagogen sahen die Corona-Zeit indes als Zusatzurlaub.

Wie der Unterricht im Homeschooling verlaufen ist, lag tatsächlich zu einem großen Teil in der Eigenverantwortung der Lehrkräfte. Manche waren sehr engagiert, was allerdings nicht immer ausreichend gewürdigt wurde. Aber es gab auch vereinzelt Lehrkräfte, die einfach überfordert waren, und jene, die nicht so viel getan haben. An vielen Stellen fehlte es durch den Kaltstart einfach an Hardware, Software und Weiterbildung. Das Bildungssystem kann nicht so schnell auf Umbrüche reagieren wie normale Unternehmen. Dahinter steckt ein grundlegendes Problem: Beim Thema Bildung gibt es sehr viele Verantwortliche – Stadt oder Kreis für das Schulgebäude und die Ausstattung, die Länder für die Lehrer, der Bund fördert über den Digitalpakt und dabei gibt es viele bürokratische Hürden.

Wäre Corona nicht ein guter Anlass, Schulen zur Bundessache zu machen und den Föderalismus in diesem Bereich zu begraben?

Der Föderalismus ist im Bildungssystem grundlegend verankert. Akademisch kann man ein Ende des Föderalismus in der Bildung diskutieren, aber das ist realitätsfern. Eher werden wir jetzt erleben, dass es durch die unterschiedlichen Infektionszahlen in den Städten und Kreisen eine noch stärkere Regionalisierung bei den Unterrichtsstrategien geben wird. Das ist aber sinnvoll.

Schon heute variiert die Qualität der Abiturprüfungen stark. Das Abi in Bayern gilt als anspruchsvoll, das in Bremen nicht. Haben wir durch die Regionalisierung, die Sie in Aussicht stellen, bald auch das Abi von Würzburg und das Abi von München?

Grundsätzlich ist das Abitur weiterhin ein hochwertiger Abschluss und man sollte die bestehenden Unterschiede nicht überzeichnen. Wir sollten im kommenden Schuljahr aber unterschiedliche Strategien entwickeln. Sind die Neuinfektionen in einem Kreis niedrig, kann der Unterricht nah am Regelbetrieb erfolgen. Sind die Infektionszahlen hoch, könnte eine Kombination von Fern- und Präsenzunterricht sinnvoll sein. Temporär können sich dann Unterschiede nach Kreisen ergeben.

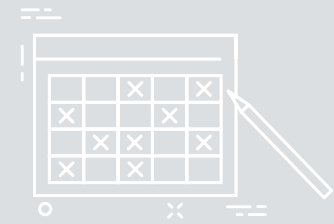
Für den digitalen Unterricht brauchen wir dringend qualitative Verbesserungen. Meine Hoffnung wäre dabei, dass man bei den nächsten Vergleichsarbeiten nicht nur schaut, welche Schüler einen großen Förderbedarf haben, sondern auch, an welchen Schulen es besonders gut gelaufen ist während Corona. Welche Klassen haben gute Ergebnisse trotz Fernunterricht und welche Tools haben diese Schulen und Lehrer eingesetzt? Nutzte man dort beispielsweise Videokonferenzen? Haben sich Lehrkräfte Feedback gegeben? Welche Unterrichtsstrategien funktionieren besonders gut? Gegner der Vergleichsarbeiten zitieren oft ein Sprichwort: „Vom Wiegen wird die Sau nicht fett“. Aber es geht ja darum zu lernen, wie erfolgreicher Unterricht auch unter schwierigen Bedingungen gelingen kann.

Wie stehen die Chancen für das nächste Schuljahr?

Alle hatten nun ein wenig Zeit und die Gesellschaft kann erwarten, dass die Schulen und Lehrer für das kommende Schuljahr besser vorbereitet sind. Was beim Schulstart jetzt nicht passieren sollte, ist, dass man sich allein auf den Regelbetrieb fokussiert. Die Schulen müssen auf verschiedene Szenarien gut vorbereitet werden. Zum einen auf eine mögliche zweite Infektionswelle. Zum anderen aber auch, um die Unterrichtsqualität im Regelbetrieb langfristig zu verbessern. Digitale Lernkonzepte müssen noch stärker in Angriff genommen werden. Wünschenswert wäre eine stärker gelebte Kultur der Zusammenarbeit: Lehrer sind bislang oft Einzelkämpfer und tauschen eher selten Unterlagen aus, obwohl sie denselben Stoff unterrichten. Doch gerade die Digitalisierung könnte die Teamarbeit erleichtern.

Und wir brauchen dringend Konzepte, wie Lehrkräfte mit Vorerkrankungen, die zur Risikogruppe zählen und nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden, in den digitalen Unterricht eingebunden werden können. Das nächste Schuljahr stellt eine große Herausforderung dar, alle Lehrkräfte werden gebraucht.

Vorbildliches Hamburg



Ganztagsschule. Knapp die Hälfte der Schüler in Deutschland besucht mittlerweile eine Ganztagsschule. Oft endet die Betreuung allerdings schon vor 15 Uhr, auch gibt es selbst an gebundenen Ganztagsschulen teilweise nur an drei Nachmittagen in der Woche Anwesenheitspflicht.

Die Schule war schon immer mehr als ein reiner Lernort, doch seitdem Kinder und Jugendliche in vielen Einrichtungen auch zu Mittag essen und diverse Sport- und Kreativangebote wahrnehmen, ist sie mehr Lebensort als je zuvor. Dies gilt auch für Schulen, die nicht offiziell im Ganztagsbetrieb arbeiten, denn die Definition der Kultusministerkonferenz erfüllen längst noch nicht alle der bundesweit 28.000 Grund- und weiterführenden Schulen: Eine Schule ist nur dann eine Ganztags-einrichtung, wenn Schüler dort an mindestens drei Tagen die Woche jeweils mindestens sieben Zeitstunden verbringen und Mittagessen bekommen können.

Dies ist noch längst nicht überall Schulalltag in Deutschland – doch die Tendenz ist eindeutig (Grafik):

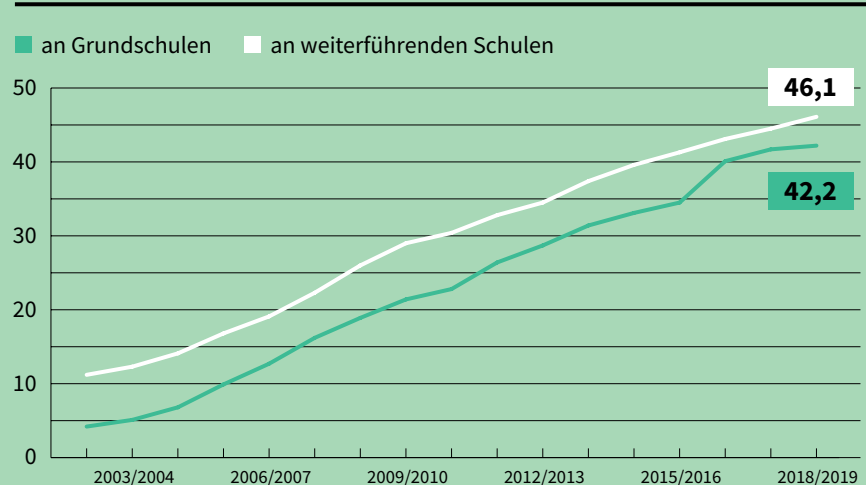
Im Schuljahr 2018/2019 besuchten gut 42 Prozent der Grundschüler eine Ganztagschule, an den weiterführenden Schulen lag der Anteil sogar bei rund 46 Prozent.

Zum Vergleich: Im Schuljahr 2002/2003 ging an den weiterführenden Schulen nur jeder zehnte Jugendliche auf eine Ganztagschule, an den Grundschulen war es sogar nur jeder Zwanzigste.

Allerdings unterscheidet sich die Lage in den einzelnen Bundeslän-

Ganztag: Jedes Schuljahr ein kleines bisschen mehr

So viel Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland waren Ganztagschüler



Weiterführende Schulen: inklusive der Grundschulklassen 5 und 6

Quelle: Kultusministerkonferenz
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

dern deutlich. Während die Ganztagsquoten in Hamburg an den Grund- und weiterführenden Schulen jeweils bei mehr als 90 Prozent liegen, sind es an den baden-württembergischen Grundschulen nur knapp 20 Prozent; bei den weiterführenden Schulen bildet Thüringen mit rund 21 Prozent das Schlusslicht.

Dabei können Grundschüler, die eine Ganztagschule besuchen, durchaus auch noch anderswo nachmittags betreut werden: In einigen Bundesländern gibt es viele außerschulische Einrichtungen, zum Beispiel Horte, die ähnliche Angebote wie Ganztagschulen machen. Das gilt vorwiegend für Ostdeutschland sowie für Bayern (Grafik Seite 7). Da es aber teilweise zu Doppelzählungen kommt – es gibt Einrichtungen, die in beiden Statistiken erfasst werden, und manche Grundschüler besuchen tatsächlich eine Ganztagschule und einen Hort –, lässt sich

nicht genau feststellen, wie viele Grundschulkinder tatsächlich ganztagsbetreut werden.

Wenn ein Kind eine weiterführende Ganztagschule besucht, hält es sich dort nicht automatisch große Teile des Tages in der Schule auf. Im Sozio-oekonomischen Panel gaben die 12- bis 14-Jährigen 2017 und 2018 an, im Schnitt rund 31 Stunden pro Woche in der Schule zu verbringen, nur rund 16 Prozent verweilten mehr als 35 Stunden dort. Und nur knapp die Hälfte der über zehnjährigen Ganztagschüler bleibt dort an mindestens drei Tagen in der Woche bis mindestens 15 Uhr. Bis 16 Uhr verweilen sogar nur rund 9 Prozent der Schüler an drei Tagen die Woche.

Die Ganztagsangebote werden besonders häufig von Familien genutzt, die einen Migrationshintergrund haben, ALG II beziehen oder in denen Mütter in Vollzeit erwerbstätig sind. In den Horten werden dagegen

verstärkt die Kinder aus Familien mit höherem Einkommen betreut.

An den weiterführenden Schulen entscheidet oft die Schulform über das Ganztagsangebot. Besonders groß ist es an Gesamtschulen:

Im Schuljahr 2018/2019 waren fast 80 Prozent der Gesamtschüler Ganztagschüler, von den Gymnasiasten waren es nur knapp 36 Prozent und von den Haupt- und Realschülern gut 38 Prozent.

Im Idealfall kann die Ganztagschule die Schulstunden entzerren: Wechselt sich Unterricht mit anderen Aktivitäten ab und steht in einem

ausgewogenen Verhältnis zu ihnen, spricht man von einer Rhythmisierung, die von Pädagogen als lernfördernd erachtet wird. Voraussetzung dafür ist, dass die Ganztagschulen gebunden, also mit Anwesenheitspflicht, arbeiten und ein großer Teil der Nachmittagsangebote für die Kinder und Jugendlichen obligatorisch ist. Im Schuljahr 2018/2019 besuchten nur 16 Prozent der Grundschüler, die auf eine Ganztagschule gingen, eine gebundene Form, an weiterführenden Schulen waren es immerhin 63 Prozent der Ganztagschüler, wobei allerdings

die meisten von ihnen nicht in rhythmisierter Form unterrichtet worden sein dürften.

Bis 2025 will die Große Koalition einen bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Kinder im Grundschulalter einführen. In einigen Ländern existiert er bereits: So bestehen in Brandenburg und Thüringen bereits Ansprüche bis zum Ende der vierten Klasse, in Sachsen-Anhalt bis zum Ende der sechsten Klasse und in Hamburg bis zum 14. Geburtstag.

Das Hamburger Modell ist nicht nur mit Blick auf die Altersspanne vorbildlich. In der Hansestadt steht den Eltern im Zeitraum von 8 bis 16 Uhr ein für sie kostenloses Bildungs- und Betreuungsangebot in den Schulen zu. Zudem haben sie in den Zeiten zwischen 6 und 8 Uhr und zwischen 16 und 18 Uhr sowie in den Schulferien einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung, die allerdings kostenpflichtig sein und in einer anderen Schule oder Betreuungseinrichtung stattfinden kann.

Bleibt neben dem dringend benötigten Ausbau der Ganztagschulen noch die Frage nach der Betreuungsqualität. Die außerschulischen Angebote sollten nicht nur ein breites Spektrum an Interessen und Neigungen abdecken, sondern die Kinder und Jugendlichen tatsächlich ansprechen und fördern. Zudem sollten vor allem kleinere Kinder bereits im Rahmen der Betreuung ihre Hausaufgaben erledigen und den Schulstoff üben können.

Ganztagsschüler im Ländervergleich

So viel Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland waren im Schuljahr 2018/2019 Ganztagschüler

	An Grundschulen	Sechs- bis Zehnjährige, die eine außerschulische Betreuung besuchten	An weiterführenden Schulen
Baden-Württemberg	19,8	14,5	30,8
Bayern	20,2	25,2	26,4
Berlin	75,9	10,0	58,2
Brandenburg	44,6	74,6	50,8
Bremen	44,2	21,1	35,5
Hamburg	98,5	7,8	92,5
Hessen	40,2	20,8	70,5
Mecklenburg-Vorpommern	keine Angabe	68,7	72,3
Niedersachsen	39,2	19,1	67,0
Nordrhein-Westfalen	46,8	8,5	54,4
Rheinland-Pfalz	47,3	14,8	23,9
Saarland	51,7	18,1	26,1
Sachsen	87,4	84,8	75,6
Sachsen-Anhalt	68,5	72,3	33,2
Schleswig-Holstein	21,2	19,3	30,7
Thüringen	90,7	12,9	21,2

Weiterführende Schulen: inklusive der Grundschulklassen 5 und 6; außerschulische Betreuung: der Kinder- und Jugendhilfe zugeordnete Betreuungsangebote; Grundschüler: Hier kommt es teils zu Doppelzählungen, weil die Bundesländer einen Teil der den Schulen angegliederten Horte sowohl als Ganztagschule als auch als außerschulische Betreuungseinrichtung werten und manche Kinder tatsächlich beide Einrichtungsformen besuchen

Quellen: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

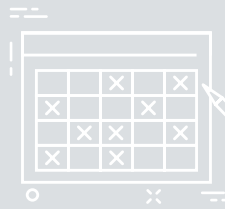
IW-Report 5/2020

Wido Geis-Thöne:
Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern
iwkoeln.de/ganztaggrundschule

IW-Report 23/2020

Wido Geis-Thöne:
Ganztags wird immer mehr zum Normalfall an den weiterführenden Schulen
iwkoeln.de/ganztagsek1

Großer Nachholbedarf



Digitalisierung. Deutschlands Schülerinnen und Schüler erreichen in Sachen digitale Kompetenz international nur Mittelmaß – und auch die Schulen müssen ihre Hausaufgaben noch machen. Daher ist ein umfangreiches Maßnahmenbündel nötig.

Die „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS) untersucht, wie Achtklässler mit neuen Technologien und digitalen Informationen umgehen können. Die – aktuellsten – Ergebnisse für 2018 stellen Deutschland kein besonders gutes Zeugnis aus (Grafik):

Deutsche Achtklässler landen bei den digitalen Kompetenzen international nur im Mittelfeld.

Bedenklich ist vor allem, dass sich die Werte seit 2013 sogar leicht verschlechtert haben und 2018 ein Drittel der getesteten Schülerinnen und Schüler nur eine der beiden untersten von fünf Stufen erreichte – sie verfügen also lediglich über sehr geringe digitale Kompetenzen.

Außerdem gibt es auffällige Unterschiede zwischen Schülern verschiedener Schulformen, zwischen den Geschlechtern und je nach sozialer Herkunft. So haben Schülerinnen und Schüler am Gymnasium höhere Kompetenzen als Schüler anderer Schulformen, Mädchen schneiden signifikant besser ab als Jungen, und Kinder aus bildungsfernen Haushalten und/oder mit Migrationshintergrund fallen deutlich hinter andere Vergleichsgruppen zurück.

ICILS und andere Studien zeigen auch: Die Schulen sind nicht gut für digitalen Unterricht vorbereitet. Es fehlt an Hardware, Software und an der Weiterbildung der Lehrkräfte. Um diese Missstände abzustellen, brauchen die Schulen in Deutschland eine umfangreiche Digitalisierungsstrategie. Zu nennen sind vor allem folgende Maßnahmen:

Change-Prozess etablieren. Wie wichtig die Digitalisierung der schulischen Bildung ist, haben die Schulschließungen während des Lockdowns eindrücklich gezeigt. Nun müssen klare Vorstellungen von den langfristig notwendigen Veränderungen entwickelt, vermittelt und kommuniziert werden.

Lehrkräfte schulen. Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Schulung der Lehrkräfte. Lehrerinnen und Lehrer sollten ihren Umgang mit digitalen Medien in verbindlichen Fortbildungen verbessern – und deren Wirksamkeit sollte evaluiert werden.

Schulen besser ausstatten. Für alle Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sind WLAN sowie digitale Endgeräte bereitzustellen. Zudem müssen Lernmanagementsysteme und internetbasierte Anwendungen für gemeinschaftliches Arbeiten eingesetzt werden. Für Schüler und Lehrer ist zu Hause – Stichwort Homeoffice – ein schnelles Internet unabdingbar. In diesem Punkt gibt es in Deutschland noch große regionale Unterschiede.

Digitale Kompetenzen: Deutschland nur Mittelmaß

Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Achtklässlern im Jahr 2018 in Punkten

Dänemark	553
Südkorea	542
Finnland	531
USA	519
Deutschland	518
Portugal	516
Frankreich	499
Luxemburg	482
Italien	461

Länderauswahl

Quelle: Eickelmann et al. (2019)
© 2020 IW Medien / iwd

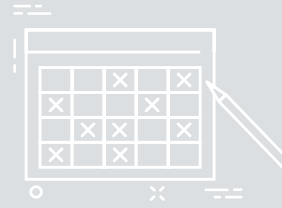
iwd

IW-Gutachten

Christina Anger, Axel Plünnecke: INSM-Bildungsmonitor 2020 – Schulische Bildung in Zeiten der Corona-Krise

iwkoeln.de/bildungsmonitor2020

Trend in die falsche Richtung



Bildungsarmut. Über viele Jahre hinweg verließen immer mehr Kinder die deutschen Schulen mit einem Abschluss. Doch nun hat sich der Trend umgekehrt. Vor allem beim Nachwuchs aus Familien mit Migrationshintergrund besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, um die Bildungsarmut nicht noch weiter zu vergrößern.

Die Wissenschaft ist sich einig: Menschen mit geringen schulischen und beruflichen Qualifikationen haben es auf dem deutschen Arbeitsmarkt schwer. Deshalb ist es wichtig, Bildungsarmut zu bekämpfen – und lange war Deutschland dabei auf einem guten Weg (Grafik):

Von der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2013 sank der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, von mehr als 9 Prozent auf etwas über 5 Prozent. Im Jahr 2018 waren es wieder fast 7 Prozent.

Hinter dieser Entwicklung steckt vor allem das schulische Schicksal vieler junger Menschen mit ausländischen Wurzeln. Von 2008 bis 2018 ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung in Deutschland von 19 auf 24,1 Prozent gestiegen. Vor allem viele, die hier Asyl suchen, verfügen nicht über Basiskompetenzen beim Lesen, Schreiben und Rechnen, weshalb Eltern aus dieser Bevölkerungsgruppe ihre Kinder kaum beim Lernen unterstützen können.

Corona hat die Situation verschärft, weil die Schulen nicht mehr so intensiv fördern konnten wie sonst und die Kinder außerdem kaum noch Gelegenheiten hatten, Deutsch zu sprechen. Statistiken dazu, wie sich das konkret ausge-

wirkt hat, gibt es zwar noch nicht, doch schon der Vor-Corona-Befund ist eindeutig:

Der Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Abschluss an allen ausländischen Schulabsolventen lag 2018 in Deutschland bei mehr als 18 Prozent, fünf Jahre zuvor hatte er noch weniger als 11 Prozent betragen.

Die Politik muss deshalb gegen Bildungsarmut vorgehen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Ansätzen:

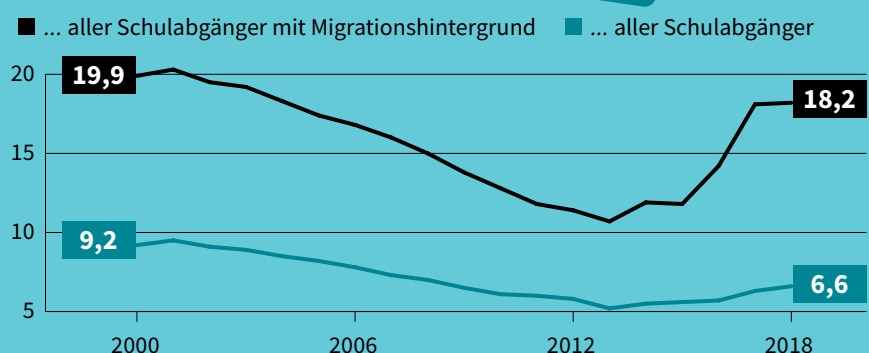
Mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund können helfen, dass sich Kinder aus entsprechenden Familien besser entwickeln.

Frühkindliche Bildung hat einen signifikanten Effekt auf den späteren Bildungserfolg. Deshalb muss die Politik alles daransetzen, dass noch mehr Kinder mit Migrationshintergrund entsprechende Einrichtungen besuchen und dort mehr Sprachförderung stattfindet.

Es sollte **mehr gezielte Hilfen** für Schulen geben, die einen höheren Anteil an Kindern und Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf haben. Zusätzliche Experten in den Bereichen Gesundheit, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie können den Lehrkräften helfen, die Bildungsarmut zu verringern.

Schulabgänger: Wieder mehr ohne Abschluss

So viel Prozent ... in Deutschland verließen die Schule ohne Abschluss



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Mitbestimmung geht auch informell

Betriebliche Interessenvertretung. Neben den Betriebsräten gibt es in Deutschland auch andere, weniger institutionalisierte Vertretungsorgane der Beschäftigten. Diese Gremien können – zum Beispiel, wenn in Unternehmen Umstrukturierungen vorgenommen werden – ähnlich konfliktbereit sein wie Betriebsräte.

Schon vor 100 Jahren wurde mit dem Betriebsrätegesetz die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland etabliert. Dennoch gibt es dem IW-Personalpanel von 2018 zufolge nur in etwa jedem fünften Unternehmen eine organisierte Form der Mitarbeiter-Partizipation. Rund 11 Prozent der Unternehmen haben einen Betriebsrat und knapp 9 Prozent ein anderes Vertretungsorgan (AVO). Dazu zählen gewählte Arbeitnehmergremien wie Mitarbeitervertretungen ebenso wie solche, die vom Management eingesetzt werden. Manche existieren permanent, andere werden nur vorübergehend einberufen, um neue Techniken im Unternehmen einzuführen oder die Arbeitsabläufe zu optimieren.

Generell hängt die Verbreitung der Interessenvertretungen vor allem von der Firmengröße ab (Grafik):

Im Jahr 2018 hatten lediglich knapp 7 Prozent der Unternehmen mit 5 bis 49 Beschäftigten einen Betriebsrat, aber fast 70 Prozent derjenigen mit mindestens 250 Mitarbeitern.

Auch AVOs sind in größeren Unternehmen häufiger vertreten als in kleinen, die Unterschiede fallen

Betriebliche Interessenvertretung: Unterschiedlich präsent

In so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland gab es im Jahr 2018 ...

	... einen Betriebsrat	... ein anderes Vertretungsorgan
5 bis 49 Mitarbeiter	6,9	8,8
50 bis 249 Mitarbeiter	39,4	8,5
250 und mehr Mitarbeiter	69,8	11,8
Eigentümergeführt	5,5	7,8
Managergeführt	33,8	10,4
Flächen-/Haustarifbindung	23,4	8,1
Keine Tarifbindung	8,1	11,8
Produzierendes Gewerbe	14,5	6,5
Dienstleistungen	9,8	9,7

Anderes Vertretungsorgan: zum Beispiel Mitarbeitervertretung
Befragung von 1.210 Unternehmen im Juli und August 2018 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

allerdings deutlich geringer aus als beim Betriebsrat.

Auf den ersten Blick gehen bei den typischen Streitthemen die Betriebsräte eher in die Auseinandersetzung mit der Unternehmensführung als die AVOs:

Laut IW-Personalpanel gab es zuletzt in etwas mehr als einem Drittel der Unternehmen mit Betriebsrat Konflikte zwischen der Arbeitnehmervertretung und der Geschäftsführung, wenn es um die Gestaltung flexibler Arbeitszeit-

modelle oder um Überstunden ging.

Dagegen führten die gleichen Themen nur in etwa jeder vierten Firma mit einem AVO zu entsprechenden Auseinandersetzungen.

Betriebsräte und AVOs unterscheiden sich zudem hinsichtlich ihrer Rolle bei betrieblichen Entscheidungen. Grundsätzlich gaben die im Rahmen des Panels befragten Personalverantwortlichen aus Unternehmen mit einem Betriebsrat zu 49 Prozent an, dass zwischen diesem und der Geschäftsleitung bei betrieblichen Entscheidungen Interessenunterschiede auftraten, die sich allerdings überbrücken ließen. Von den Unternehmen mit AVOs gaben nur knapp 19 Prozent solche Interessenunterschiede zu Protokoll.

In nahezu 77 Prozent der Unternehmen mit AVOs lagen Letztere bei betrieblichen Entscheidungen sogar meist von vornherein auf einer Linie mit der Geschäftsleitung – von den Firmen mit Betriebsrat berichteten nur

46 Prozent von einer solchen Übereinstimmung.

Ähnlich wie AVOs sind jedoch auch Betriebsräte keine homogene Gruppe. Zwar schöpfen zwei Drittel von ihnen die rechtlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten nach Angaben der Personalverantwortlichen vollständig oder weitestgehend vollständig aus, sind also offensiv. Immerhin ein Drittel der Betriebsräte agiert dagegen eher defensiv. Damit schwinden auch die Unterschiede zu den AVOs, wenn es um das Verhalten in potenziellen Konfliktsituationen geht – zum Beispiel, wenn Betriebsteile stillgelegt, Standorte verlagert oder neue Arbeitsmethoden eingeführt werden sollen.

In Unternehmen, in denen es in den vorangegangenen zwei Jahren zu solchen Umstrukturierungen kam und die einen offensiven Betriebsrat hatten, bezog dieser zu mehr als 70 Prozent abweichende Positionen von der Geschäftsführung – wenn gleich am Ende einvernehmliche Lösungen gefunden wurden (Grafik). Ganz anders fiel der Befund aus,

wenn sich der Betriebsrat eher defensiv verhielt:

Nur in 23 Prozent der Unternehmen mit einem defensiven Betriebsrat stritt dieser mit der Geschäftsführung um die bestmöglichen Lösungen – in Unternehmen mit einem AVO betrug der Anteil immerhin 33 Prozent.

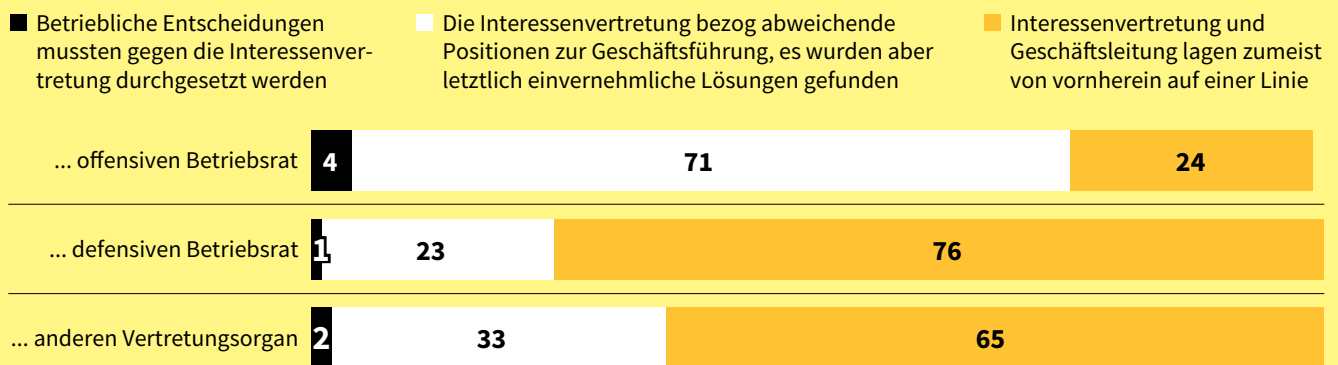
Ein erheblicher Teil der AVOs ist offenbar in Zeiten des Umbruchs durchaus in der Lage, sich von den Interessen des Managements abzusetzen, um die Interessen der Mitarbeiter zu wahren. Am Ende kommt es bei der Frage nach der Effektivität der betrieblichen Interessenvertretung also vor allem darauf an, wie das jeweilige Gremium seine Rolle in den betrieblichen Entscheidungsprozessen ausfüllt.

Aus IW-Trends 3/2020

Hagen Lesch: Betriebliche Konfliktfelder und Partizipation der Arbeitnehmer iwkoeln.de/partizipation

Umstrukturierungen: Nicht immer Anlass zu Konflikten

In so viel Prozent der Unternehmen mit einem ..., in denen es in den vorangegangenen zwei Jahren zu Umstrukturierungen kam, nahm die betriebliche Interessenvertretung diese Position ein



Umstrukturierungen: zum Beispiel wurden wesentliche Betriebsteile stillgelegt, Standorte verlagert und/oder neue Fertigungsverfahren oder Arbeitsmethoden eingeführt
 Offensiver/defensiver Betriebsrat: Einstufung je nachdem, inwieweit der Betriebsrat seine Möglichkeiten zur betrieblichen Mitbestimmung ausnutzt
 Befragung von 1.210 Unternehmen im Juli und August 2018 im Rahmen des IW-Personalpanels

Das neue alte Homeoffice

Bürobeschäftigung. Der Lockdown bedeutete für viele Erwerbstätige, dass sie ihren Job erstmals von zu Hause aus erledigen mussten. Eine neue IW-Studie zeigt allerdings, dass das Homeoffice schon vor Corona-Zeiten gang und gäbe war. Allerdings gab es regional sehr große Unterschiede.

Als die Ausbreitung von Covid-19 Deutschland im März in den Lockdown zwang, waren viele überrascht, wie reibungslos der Wechsel ins Homeoffice funktionierte.

Schaut man sich jedoch die Daten der Erwerbstätigenbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin an, dann

ist die Überraschung nicht mehr ganz so groß.

Diese Befragungen fanden zwar in den Jahren 2006, 2012 und 2018 statt, also weit vor der Corona-Krise. Doch die Ergebnisse zeigen, dass das Arbeiten von zu Hause aus in Deutschland bei Weitem nicht so neu ist, wie es derzeit oftmals den Anschein hat (Grafik):

Fast jeder zweite Bürobeschäftigte – knapp 46 Prozent – arbeitete in den Jahren 2017 und 2018 zumindest gelegentlich von zu Hause. Das waren fast 9 Prozentpunkte mehr als noch 2006.

Und die Zahl derer, die theoretisch von zu Hause aus arbeiten können, war schon vor Corona noch viel größer. Denn nur etwas mehr als 15 Prozent der befragten Bürobeschäftigten gaben an, dass sie ihre Arbeit nicht aus dem Homeoffice erledigen können. Das bedeutet im Umkehrschluss:

Rund 85 Prozent aller Büroangestellten können potenziell von zu Hause aus arbeiten. Bei etwa 14,8 Millionen Bürobeschäftigten ist das eine gewaltige Zahl.

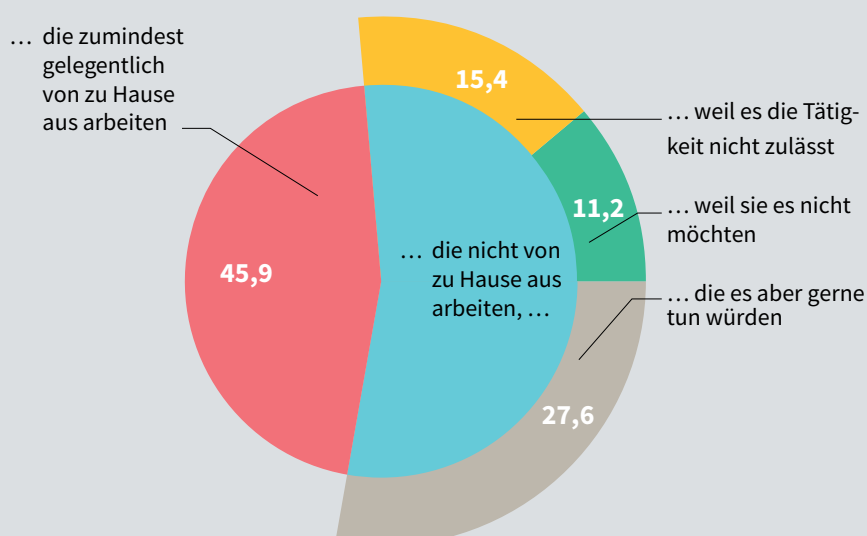
Im Zeitraum von 2012 bis 2018 hat die Zahl der Büroarbeitnehmer von 11,9 auf 14,8 Millionen zugenommen. Anders gerechnet:

Die Zahl der Bürobeschäftigten in Deutschland hat sich binnen sechs Jahren um fast 25 Prozent erhöht.

Ein Grund dafür ist natürlich auch, dass sich die hiesige Wirtschaft bis zum Lockdown prächtig entwickelt hatte und generell mehr Menschen in den vergangenen Jahren einen Job gefunden haben.

Homeoffice: Nur die wenigsten wollen nicht

Prozentualer Anteil der Bürobeschäftigten im Jahr 2018, ...



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Allerdings ist der Anteil der Büroarbeiter an allen Erwerbstätigen seit 2012 ebenfalls merklich gestiegen: von 35,2 auf 36,7 Prozent; im Jahr 2006 hatte der Anteil erst 33,3 Prozent betragen.

Bei der Antwort auf die Frage, in welchen Branchen besonders viele Menschen im Büro arbeiten, gibt es wenig Überraschungen – allerdings durchaus Veränderungen.

So sind in der IT (84,5 Prozent) sowie im Bereich Werbung und Marktforschung (85,2 Prozent) besonders viele Mitarbeiter im Büro tätig, während sich im Fahrzeugbau (36,0 Prozent), im Einzelhandel (26,4 Prozent) und im Gesundheitswesen (19,7 Prozent) nur verhältnismäßig wenige Büroangestellte tummeln. Doch:

In fast allen Erwerbstätigen-gruppen gab es im Jahr 2018 prozentual mehr Büroangestellte als noch 2012.

Fragt man nach lokalen Hochburgen der Bürobeschäftigung oder nach Kreisen und Städten, in denen fast niemand hinterm Schreibtisch sitzt, zeigen sich teils gewaltige Unterschiede:

Die Bürobeschäftigungsquoten reichen von 7,2 Prozent im Kreis Kusel in Rheinland-Pfalz bis zu 49,7 Prozent in der Bankenmetropole Frankfurt am Main.

Neben dem Spitzenreiter Frankfurt finden sich in den Top Ten sechs weitere Großstädte: Düsseldorf (47,8 Prozent), München (47,3 Prozent), Bonn (46,1 Prozent), Stuttgart (45,1 Prozent), Köln (44,8 Prozent) und Wiesbaden (44,5 Prozent).

Die anderen drei Spitzenplätze gehen an den Main-Taunus-Kreis, den Landkreis München und den Hochtaunuskreis. Denn nicht nur in den Großstädten, sondern auch in ihrem direkten Umfeld gibt es häufig viele Bürojobs – schließlich sind in diesen Regionen die Lebenshal-

tungskosten und die Büromieten oftmals niedriger als in der nahen Metropole.

Damit lässt sich auch erklären, dass die größten Zuwächse an Bürobeschäftigung nicht in den Großstädten stattfanden, sondern vor allem in den Landkreisen des wirtschaftsstarke Bayerns: Um 78,4 Prozent ist die Zahl der Bürobeschäftigten von 2012 bis 2019 im fränkischen Landkreis Schwabach gestiegen, dicht gefolgt vom niederbayerischen Landkreis Regen mit 78,3 Prozent.

In absoluten Zahlen gemessen hat allerdings die Hauptstadt die Nase vorn (Grafik):

In Berlin arbeiteten 2019 gut 640.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Büro – rund 190.000 oder 42 Prozent mehr als im Jahr 2012.

Wahrscheinlich wird sich der Anteil der Bürobeschäftigten an allen

Erwerbstätigen weiter erhöhen. Allerdings geht das IW, aber auch andere Forschungsinstitute, davon aus, dass dies nicht zur Ausweitung der Büroflächen führen wird.

Im Gegenteil: Durch die Erfahrungen in der Corona-Pandemie dürften viele Firmen dem Homeoffice viel offener gegenüberstehen als früher.

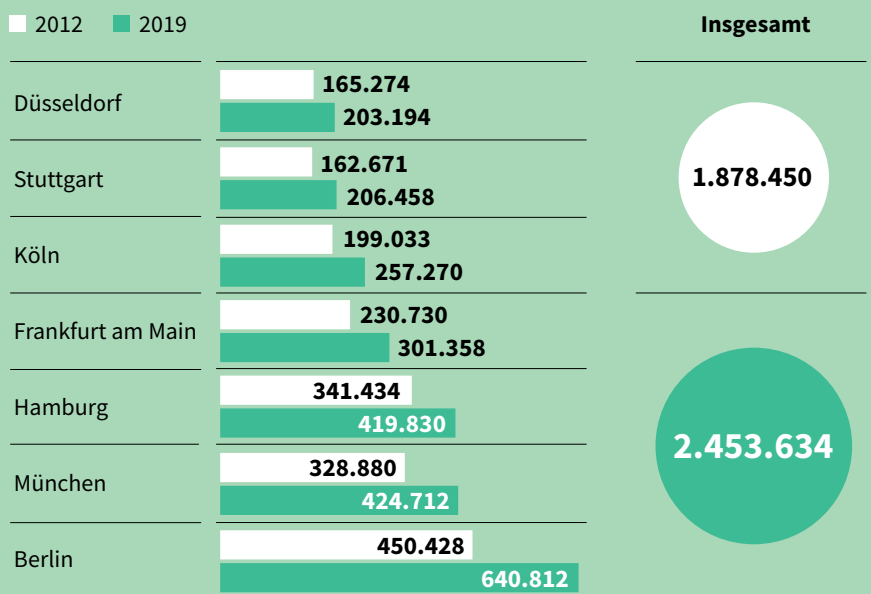
Weil gleichzeitig auch immer mehr Beschäftigte Gefallen daran finden, könnte der Bedarf an Büroflächen dauerhaft sinken. Damit fallen nicht nur die Mieten für Büroimmobilien, sondern auch die Kaufpreise – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit (siehe iwd 15/2020).

Aus IW-Trends 3/2020

Andrea Hammermann, Michael Voigtländer: Bürobeschäftigte in Deutschland – Eine Regionalanalyse iwkoeln.de/buerobeschäftigte

Entwicklung der Bürobeschäftigung

Sozialversicherungspflichtige Bürobeschäftigte in den sieben größten deutschen Städten



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

Das Grundeinkommen-Paradoxon

Sozialpolitik. In vielen europäischen Ländern gibt es eine mehrheitliche Zustimmung zu einem Grundeinkommen. Rund zwei Drittel der Unterstützer würden jedoch für Zuwanderer Bedingungen stellen, bevor diese ebenfalls von Sozialleistungen profitieren könnten.

Die Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht neu und sie taucht in unregelmäßigen Abständen immer wieder in der politischen Diskussion auf. Auch in der Praxis gab es bereits Experimente, um die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen.

Das bekannteste fand von 2017 bis 2018 in Finnland statt. Dort erhielten 2.000 zufällig ausgewählte Arbeitslose zwischen 25 und 58 Jahren über einen begrenzten Zeitraum von zwei Jahren statt Arbeitslosengeld monatlich 560 Euro vom Staat – steuerfrei und ohne Bedingungen. Jeder durfte und sollte sich darüber hinaus etwas dazuverdienen.

Das Ergebnis: Das bedingungslose Grundeinkommen wirkte sich positiv auf das psychische Wohlbefinden der Teilnehmer aus, begünstigte aber nicht die von vielen Befürwortern des Grundeinkommens erhoffte Rückkehr auf den Arbeitsmarkt.

Auch wenn es in diesem Fall keine spürbaren Beschäftigungseffekte gab, so wird das bedingungslose Grundeinkommen doch in vielen europäischen Ländern weiter zumindest als Alternative zum bisherigen Sozialstaat diskutiert.

Die Corona-Krise und deren wirtschaftliche Folgen haben die Debatte erneut angefacht. So unterzeichnete im März 2020 in Deutschland knapp eine halbe Million Menschen eine Petition für ein Grundeinkommen.

Insgesamt gibt es zur bedingungslosen Sozialleistung in Deutschland eine breite Zustimmung:

In verschiedenen Befragungen spricht sich jeweils rund die Hälfte der Bundesbürger für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. In vielen europäischen Ländern liegt die Zustimmungsrate sogar noch höher.

Insgesamt betrachtet stimmen Menschen, die für mehr soziale Gerechtigkeit plädieren, tendenziell eher für ein Grundeinkommen, Personen mit starkem Hang zum Leistungsprinzip eher dagegen. Die Befürworter des Grundeinkommens gehören mehrheitlich zur jüngeren Generation und verfügen oftmals über einen vergleichsweise hohen Bildungsabschluss. Zudem erwarten die meisten Grundeinkommensfreunde, dass sie von der neuen Politik profitieren würden.

So weit, so erwartbar. Doch Befragungsdaten aus dem European Social Survey, die das Institut der deutschen Wirtschaft ausgewertet hat, zeigen einen bemerkenswerten Widerspruch (Grafik):

Etwa zwei Drittel aller Grundeinkommensbefürworter aus 20 europäischen Ländern haben widersprüchliche Sozialstaatspräferenzen: Sie wollen Zuwanderern Sozialleistungen nicht ohne Gegenleistung zugestehen.

So sind gut 42 Prozent der Befürworter der Ansicht, dass Zuwanderer erst mindestens ein Jahr gearbeitet und Steuern bezahlt haben sollen, bevor sie mit äquivalenten Ansprüchen an den Sozialstaat bedacht werden. Mehr als ein Viertel setzt sogar die Einbürgerung für sozialstaatliche Ansprüche voraus. Darüber hinaus würden knapp 8 Prozent Zuwanderern niemals Zugang zum Sozialstaat einräumen.

Das Paradoxon, ein bedingungsloses Grundeinkommen zu befürworten und gleichzeitig Sozialleistungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen an Bedingungen zu knüpfen, zeigt sich auch im Ländervergleich. Dort, wo die Zustimmung zum Grundeinkommen besonders hoch ist, plädieren besonders viele für Beschränkungen für Migranten. Hierzu zählen die osteuropäischen Staaten

Litauen, Ungarn und Slowenien. In Großbritannien fordern 60 Prozent der Befürworter des Grundeinkommens, dass Migranten erst ein Jahr gearbeitet und Steuern gezahlt haben sollen, bevor sie Sozialleistungen genießen dürfen. Der Zugang zum Sozialstaat soll also „verdient“ werden. Auf der anderen Seite würden die Schweden, die einem Grundeinkommen besonders skeptisch gegenüberstehen, Zuwanderern die geringsten Bedingungen auferlegen.

Im europäischen Vergleich befürworten in Deutschland mit rund 46 Prozent unterdurchschnittlich viele Befragte ein Grundeinkommen.

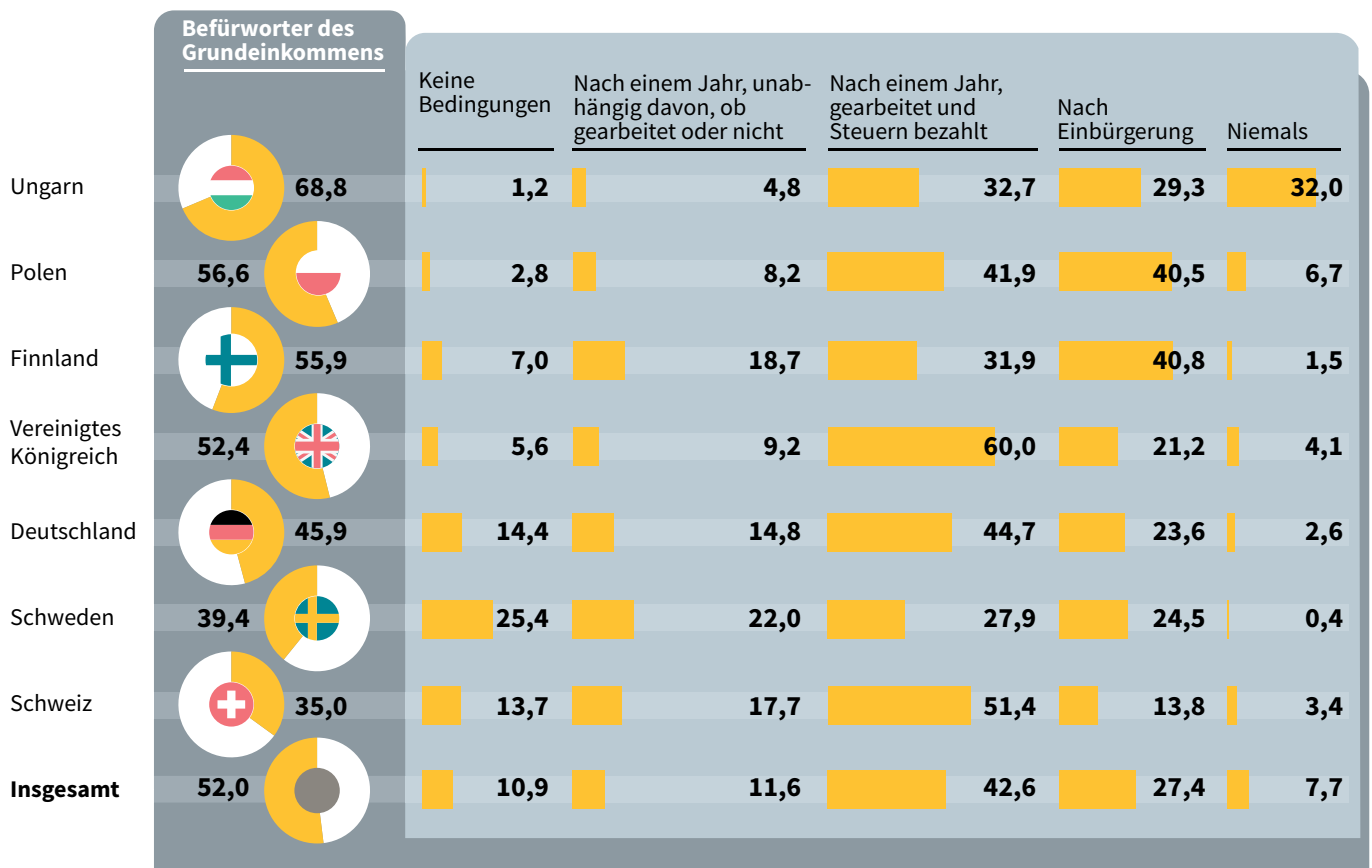
Jedoch spricht sich auch hierzulande die große Mehrheit der Befürworter für substanzielle Bedingungen für Zuwanderer aus. Mit knapp 3 Prozent wollen zwar nur wenige Deutsche Migranten gänzlich vom Grundeinkommen ausschließen. Viele Menschen fordern aber, dass Migranten zuvor gearbeitet und Steuern gezahlt haben.

IW-Kurzbericht 85/2020

Matthias Diermeier, Judith Niehues: Bedingt bedingungslos – widersprüchliche Sozialstaatspräferenzen
iwkoeln.de/sozialstaatspraeferenzen

Bedingt bedingungslos

So viel Prozent der Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens in den jeweiligen Ländern würden Zuwanderern unter diesen Bedingungen den Zugang zum Grundeinkommen gewähren



Umfrage in 20 europäischen Ländern im Jahr 2016; Länderauswahl

Quelle: European Social Survey
 © 2020 IW Medien / iwd



Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - **Telefon:** 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

272

Milliarden

Kilowattstunden Strom

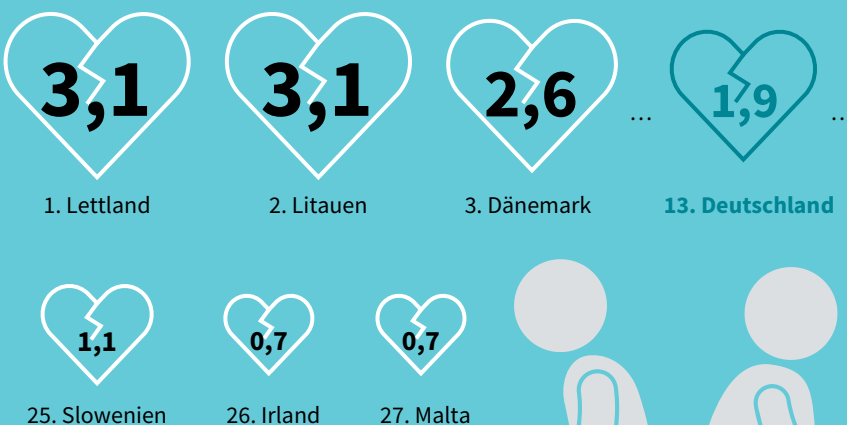
hat Deutschland im ersten Halbjahr 2020 verbraucht – 26 Milliarden Kilowattstunden weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Das ergaben vorläufige Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. Der Verband führt den Rückgang auf den gesunkenen Strombedarf der Industrie aufgrund der Corona-Pandemie zurück. Deutlich gestiegen ist dagegen der Anteil der erneuerbaren Energien: Windräder und Solaranlagen konnten im ersten Halbjahr 2020 erstmals mehr als die Hälfte des Bruttostromverbrauchs abdecken. Derweil ist Strom aus Kohle immer weniger gefragt: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde mehr als ein Drittel an Braunkohle eingespart, bei der Steinkohle waren es sogar über 40 Prozent.

Top-Liste: Scheidungen in der EU

In manchen Dingen ist Deutschland ziemlich durchschnittlich, so auch bei den Scheidungsraten. Da kam die Bundesrepublik im Jahr 2017 – das ist der jüngste verfügbare Wert – auf 1,9 amtlich dokumentierte Trennungen je 1.000 Einwohner. Das entspricht genau dem EU-Durchschnitt des Jahres 2016; eine aktuellere Zahl gibt es auch hier nicht. Deutlich scheidungsfreudiger sind die Einwohner der beiden baltischen EU-Mitglieder Lettland und Litauen, die jeweils auf mehr als 3 Scheidungen pro 1.000 Einwohner kommen. Demgegenüber führt das Leben auf einer Insel allem Anschein nach zur ehelichen Harmonie: Irland und Malta stehen mit einer Quote von jeweils 0,7 am Ende des europäischen Scheidungsrankings.

Top-Liste: Wenn nicht der Tod scheidet

So viele Scheidungen je 1.000 Einwohner gab es 2018 in diesen EU-Ländern



Deutschland, Irland: Werte von 2017

Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd

Neu auf iwd.de:



Britische Industrie unter ferner liefen

Nur noch 10 Prozent steuerte die britische Industrie 2018 zur Wertschöpfung des Landes bei. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 23 Prozent. Dennoch würde es einige Industriebranchen im Vereinigten Königreich hart treffen, wenn sich die Briten mit der EU nicht auf ein Freihandelsabkommen einigen. Welche Probleme im Einzelnen drohen, lesen Sie auf iwd.de.